

Inhaltsverzeichnis

Rz. Seite

Literaturverzeichnis	XIII
I. Sachverhalt	1 1
II. Bereicherungsrecht	9 5
1. Schuldanerkenntnis	11 5
a) Gutschriften: Kein Schuldanerkenntnis	13 5
b) Monatlicher Saldo: Kein Schuldanerkenntnis	16 6
2. Vermögensverwaltungsvertrag	21 8
a) Begrenzung der Ansprüche des Kunden, die die Rechts- grundlage bilden können: Der Zweck, den die Betreiber- gesellschaft für ihre Auszahlungen festlegte	22 8
b) Bedeutung des Kontos (für den Leistungszweck der Auszahlungen)	26 9
c) Forderungen des Kunden, die im Konto erfasst wurden	34 12
aa) Gewinne: Anspruch des Kunden auf Auszahlung der Gewinne aus den getätigten Geschäften (§ 667 Alternative 2 BGB)	35 13
bb) Einzahlungen: Anspruch des Kunden auf Rück- zahlung der nicht benötigten Einzahlungen (§ 667 Alternative 1 BGB)	38 13
cc) Ergebnis zu den Forderungen des Kunden, die die Betreibergesellschaft mit ihren Auszahlungen erfüllen will	52 17
d) Sonderfall: Auszahlungen, die sich nicht auf den Saldo, sondern ausschließlich auf den Anspruch des Kunden aus § 667 Alternative 2 BGB auf Weiterleitung der Gewinne beziehen	55 18
e) Partielle Erfüllung der (im Konto erfassten) Ansprüche des Kunden: Aufrechnung mit den Vergütungsansprüchen der Betreibergesellschaft	59 20
3. Höhe der ungerechtfertigten Bereicherung	63 21
4. Verringerung der ungerechtfertigten Bereicherung wegen finanzieller Nachteile des Kunden durch den rechtsgrund- losen Teil der Auszahlungen (§ 818 Abs. 3 BGB)?	67 22
5. Ausschluss des Bereicherungsanspruchs (der Betreibergesellschaft) wegen Kenntnis der Nichtschuld (§ 814 BGB)	70 23
6. Ergebnis zum Bereicherungsrecht	73 24

V

	Rz.	Seite
III. Anfechtungsrecht: Einleitung	83	27
IV. Anfechtbarkeit wegen Schuldnerfehlverhaltens: Rechtsakte der Betreibergesellschaft in Zusammenhang mit demjenigen Teil der Auszahlung, der eine ungerechtfertigte Bereicherung darstellt	89	31
1. § 134 InsO: Rechtsakte der Betreibergesellschaft, die wegen Unentgeltlichkeit anfechtbar sind	92	32
a) Unentgeltlichkeit: Der unentgeltliche Rechtsakt der Betreibergesellschaft	92	32
aa) Herrschende Meinung: Die Leistung (hier: die Auszahlung) als unentgeltlicher Rechtsakt	102	33
bb) Kritik: Ansatzpunkte	108	35
cc) Grundlage: Maßgeblichkeit des Schuldverhältnisses	113	36
dd) Rechtsgrundlos gleich unentgeltlich?	117	37
(1) Anwendung des Konzepts der Maßgeblichkeit des Schuldverhältnisses auf Leistungen, die ohne Rechtsgrund erbracht wurden	118	37
(2) Keine Erwägungen der Rechtssystematik, die für eine Gleichsetzung von Rechts- grundlosigkeit und Unentgeltlichkeit sprechen würden	122	39
ee) Ausschluss des Anspruchs auf Rückgewähr (wegen § 814 BGB): Bedeutung für die Unentgeltlichkeit	125	41
ff) Weitere Argumente	132	43
gg) Ergebnis: Der Verlust des Anspruchs auf Rückgewähr der Leistung als unentgeltlicher Rechtsakt	139	45
b) Subjektive Anforderungen: Kenntnis des Anfechtungsgegners erforderlich?	141	46
c) Zeitraum	150	48
d) Rechtsfolgen	151	48
aa) Rechtsfolgen (auf der Grundlage der hier vertretenen Auffassung zum anfechtbaren Rechtsakt)	152	49
bb) Rechtsfolgen (auf der Grundlage der h.M. zum anfechtbaren Rechtsakt)	155	49
cc) Vergleich der Rechtsfolgen der beiden Rechts- auffassungen zum anfechtbaren Rechtsakt	157	50
2. § 132 InsO: Insolvenz des Schuldners und Gewissheit der Gläubigerbenachteiligung	161	51

	Rz.	Seite
a) Anfechtbares Schuldnerverhalten:		
Gläubigerbenachteiligung während Insolvenz	162	51
b) Ausschluss der Anfechtbarkeit nach § 132 InsO	166	52
3. § 133 InsO: Vorsatz des Schuldners bei der		
Benachteiligung der Gläubiger	167	53
a) Anfechtbares Schuldnerverhalten	168	53
aa) Hier vertretene Rechtsansicht	169	53
bb) Vorherrschende Rechtsansicht	172	53
b) Ausschluss der Anfechtbarkeit nach § 133 InsO	174	54
4. Ergebnis zur Anfechtbarkeit wegen		
Schuldnerfehlverhaltens	175	54
a) Rechtsauffassung dieser Abhandlung	177	55
b) Vorherrschende Rechtsauffassung	180	55
c) Vergleich der beiden Rechtsauffassungen zum		
(wegen Schuldnerfehlverhaltens)		
anfechtbaren Rechtsakt	183	56
V. Anfechtbarkeit wegen Gläubigerfehlverhaltens:		
Derjenige Teil der Auszahlung, der keine		
ungerechtfertigte Bereicherung darstellt	184	57
1. Tatbestand des § 130 InsO: Begünstigung gegenüber den		
Verteilungsregeln, die im Insolvenzverfahren gelten	187	58
2. Einschränkung der Anfechtbarkeit nach § 130 InsO:		
Kenntnis des Kunden von der Zahlungsunfähigkeit der		
Betreibergesellschaft	198	61
3. Rücknahme der Einschränkung: Erleichterungen der		
Anfechtbarkeit nach § 131 InsO	200	61
4. Ergebnis zur Anfechtbarkeit wegen		
Gläubigerfehlverhaltens	201	62
VI. Ansprüche des Kunden außerhalb des Kontos		
(„Sonstige“ Ansprüche des Kunden)	202	63
1. Positives Interesse	204	63
2. Negatives Interesse	207	64
a) Anfechtung der Einwilligung in den Vermögensver-		
waltungsvertrag: Ansprüche des Kunden aus		
Bereicherungsrecht	209	64
b) Ansprüche des Kunden auf Schadensersatz,		
gerichtet auf das negative Interesse	215	66
aa) Rechtsgrundlagen für Schadensersatz		
(negatives Interesse)	216	66

	Rz.	Seite
bb) Inhalt und Höhe des negativen Interesses des Kunden	220	67
3. Ergebnis zu den „sonstigen“ Ansprüchen des Kunden	224	67
VII. Aufrechnungsrecht des Kunden	229	69
1. Begründung (Entstehung) eines Rechts (des Kunden) zur Aufrechnung	233	69
a) Entstehung des Aufrechnungsrechts, wenn man (so die h.M.) die rechtsgrundlose Leistung der Betreibergesellschaft als den anfechtbaren Rechtsakt wertet	234	70
aa) Forderungen	236	70
bb) Gleichartigkeit	243	72
cc) Gegenseitigkeit	244	72
dd) Ergebnis zur Begründung eines Aufrechnungsrechts des Kunden	255	75
b) Entstehung des Aufrechnungsrechts, wenn man (so das hier vertretene Konzept) den Verlust des Anspruchs auf Rückgewähr der Leistung als anfechtbaren Rechtsakt wertet	258	75
2. Aufrechnungsverbote des Insolvenzrechts?	263	77
a) Aufrechnungsverbot des § 96 Abs. 1 Ziff. 1 InsO	265	77
b) Weitere Ebene in der Rechtsprechung des BGH zum Aufrechnungsrecht des Kunden: Vergleich mit der Rechtslage, die bestünde, wenn die Betreibergesell- schaft in Unkenntnis der Rechtsgrundlosigkeit geleistet hätte	273	79
aa) Der Vergleichsfall: Versehentliche Leistung ohne Verpflichtung	276	80
bb) BGH-Urteil von 1990: Kein Aufrechnungsverbot in dem Vergleichsfall; daher Durchbrechung des Aufrechnungsverbots des § 96 Abs. 1 Ziff. 1 InsO im Originalfall	280	81
cc) BGH-Urteil von 2008: Aufrechnungsverbot in dem Vergleichsfall (nach § 96 Abs. 1 Ziff. 3 InsO); daher keine Durchbrechung des Aufrechnungs- verbots des § 96 Abs. 1 Ziff. 1 InsO	287	82
dd) Bedeutung des BGH-Urteils von 2008 für den hier vertretenen Ansatz zum anfechtbaren Rechtsakt	290	83
ee) Kritik des BGH-Urteils von 2008	291	84
(1) Argument des BGH: Unentgeltlichkeit der versehentlichen Zuviel-Leistung (d.h. der versehentlichen Leistung ohne Verpflichtung)	292	84

	Rz.	Seite
(2) Unvereinbarkeit des Urteils von 2008 mit dem Urteil von 1990: Keine Erklärung für diese Kehrtwende	295	85
(3) Außerordentliche Reichweite des Urteils von 2008	300	86
ff) Ergebnis zum BGH-Urteil von 2008	302	87
c) Aufrechnungsverbot des § 96 Abs. 1 Ziff. 3 InsO und Anfechtbarkeit des Rechts zur Aufrechnung wegen Gläubigerfehlverhaltens	303	87
d) Verbreitetes Argument: Gleichbehandlung aller Kunden der Betreibergesellschaft	309	88
3. Ergebnis zum Aufrechnungsrecht des Kunden	316	90
a) Entstehung des Aufrechnungsrechts	317	90
b) Aufhebung des Aufrechnungsrechts durch das Insolvenzrecht?	321	91
aa) Aufrechnungsverbot des § 96 Abs. 1 Ziff. 1 InsO	322	91
bb) Aufrechnungsverbot des § 96 Abs. 1 Ziff. 3 InsO	326	92
cc) Vergleich: Leistung unter irrtümlicher Annahme einer Verpflichtung und Leistung in Kenntnis des Fehlens einer Verpflichtung	329	93
VIII. Ergebnisse	331	95
1. Bereicherungsrecht: Ungerechtfertigte Bereicherung des Kunden	331	95
2. Anfechtungsrecht: Anfechtbarkeit von Rechtsakten in einem Schneeballsystem der Kapitalanlage	338	95
a) Anfechtbarkeit wegen Schuldnerfehlverhaltens (hier: Unentgeltlichkeit, § 134 InsO)	339	96
b) Anfechtbarkeit wegen Gläubigerfehlverhaltens (§§ 130, 131 InsO)	341	96
3. Ansprüche des Kunden außerhalb des von der Betreibergesellschaft geführten Kontos („Sonstige“ Ansprüche des Kunden)	342	96
4. Aufrechnung: Recht des Kunden zur Aufrechnung mit noch offenen Ansprüchen gegen die Betreibergesellschaft	348	97
a) Begründung des Rechts des Kunden zur Aufrechnung	348	97
b) Kein Verbot der Aufrechnung durch das Insolvenzrecht	349	98
Stichwortverzeichnis		101